Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 53 — Sonnabend, den 4. Mai 1929 — 42. Jahrgang

Letztes Stadium in Paris.

Owen Youngs Anregungen.

⇧ Paris, 3. Mai.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern nachmittag aus Berlin zurückgekehrt. Wie hier verlautet, hatte er noch kurz vor seiner Abreise eine Unterredung mit dem Reparationsagenten Parker Gilbert. Die Entscheidung dürfte heute oder morgen fallen. Die nächste Woche wäre dann für die Fertigstellung des Schlußberichtes bestimmt, so daß die Konferenz noch vor Pfingsten beendet werden dürfte.

Einer Berliner Meldung des „Journal" zufolge erklärt man in sehr gut unterrichteten deutschen politischen Kreisen, daß es im Anschluß an die Besprechungen, die Dr. Schacht mit den an der Kriegsentschädigungsfrage interessierten Mitgliedern des Reichskabinetts hatte, möglich sei, die Sachverständigenkonferenz binnen kurzem mit einem vorläufigen Abkommen zum Abschluß zu bringen. Dieses für die Dauer von zehn Jahren berechnete Abkommen soll auf die Anregung des amerikanischen Sachverständigen Owen Young zurückzuführen sein und **deutsche Jahreszahlungen in Höhe von 1750 Millionen Mark vorsehen, die regelmäßig jedes Jahr um 25 Millionen steigen.** Mit anderen Worten würde Deutschland im ersten Jahre 1750 Millionen, im zweiten Jahr 1775 Millionen, im dritten Jahr 1800 Millionen und so fort während der ganzen Dauer der vorläufigen Regelung zahlen. Im zehnten Jahr würde der deutsche Jahresbetrag 2 Milliarden Goldmark erreichen.

Ratifizierung des Schuldenabkommens.

Unsanfte Mahnung an Frankreich.

⇧ Paris, 2. Mai.

Die kürzlich im englischen Unterhaus von dem Vertreter des Schatzministeriums erteilte Auskunft, England habe der französischen Regierung ihren Wunsch nach möglichst rascher Ratifizierung des Caillaux-Churchill-Abkommens bekundet, hat ebenso wie die kurzliche Erklärung des Senators Borah Frankreich erneut zum Bewußtsein gebracht, daß über kurz oder lang die schon seit Jahren vertagte Regelung der Schuldenfrage erfolgen muß.

Allein diese Notwendigkeit dürfte den französischen Statsmännern zu erkennen geben, daß eine weitere Staatsmännern zu erkennen geben, daß eine weitere gerade für Frankreich gefährlich werden kann. Es ist außerordentlich fraglich, ob die bisher betriebene Politik, die Schulden an England und Amerika nur nach Maßgabe der Eingänge der deutschen Kriegsentschädigungen zu zahlen, noch lange wird befolgt werden können. Frankreich hat bekanntlich im Jahre 1926 sich ohne Erfolg bemüht, eine dahingehende Schutzklausel in die Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten und England aufzunehmen. Bis zu einem gewissen Grade wurde sie allerdings von Churchill zugestanden, und zwar in einem Briefe an Caillaux. Die beiden Schlußabkommen wurden aber bisher weder von der Kammer noch vom Senat ratifiziert.

Das Herannahen des 1. August als Fälligkeitstermin für die Begleichung der 400 Millionen Dollar-Warenschuld an die Vereinigten Staaten macht die Frage der Ratifizierung äußerst brennend. Man scheint nunmehr auch in französischen Rechtskreisen zur Erkenntnis zu kommen, daß neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und mit England nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg haben. Das „Echo de Paris" bezeichnet es als das beste, daß das Parlament das Ratifizierungsgesetz verabschiedet. Allerdings möchte das Blatt die Ermächtigung zur Ratifizierung von dem ausdrücklichen Vorbehalt abhängig gemacht sehen, daß Frankreichs Zahlungen an diejenigen Deutschlands gebunden seien und gleichzeitig mit ihnen eingestellt würden.

Deutschlands Standpunkt zur Abrüstung.

Sind alle Reichswehrsoldaten Unteroffiziere?

Genf, 3. Mai.

Im Genfer Abrüstungsausschuß forderte der französische Delegierte, daß Soldaten, die eine längere Dienstzeit als drei Jahre hätten, höher zu bezahlen als Unteroffiziere eingeschätzt werden müßten. Der Delegierte zielte dabei offenbar auf die deutsche Reichswehr ab, machte also wieder einmal eines der üblichen Manöver. Allerdings traten der englische und der amerikanische Delegierte diesem Standpunkt entgegen.

Im Verlauf der Beratungen erklärte Graf Bernstorff offiziell im Namen der Reichsregierung, daß er völlig mit dem von dem belgischen Vertreter ausgesprochenen Grundsatz einverstanden sei, nach dem eine Beschränkung der Rüstungen auf dem Wege einer Herabsetzung der jährlichen Rekrutenkontingente und der Dienstdauer erreicht werden könne. Der Umfang der militärischen Ausbildung der Jugend und der Fortbildung nach der Entlassung aus dem aktiven Heer sei von ausschlaggebender Bedeutung. **Die deutsche Regierung werde bei der Frage, ob eine Herabsetzung der Rüstungen stattgefunden habe, nicht nur die Zahl der unter den Fahnen stehenden Truppen und die Dienstzeit als allein entscheidend ansehen können.** Die Frage des Kriegsmaterials werde von größter Bedeutung sein. Wenn man schon nicht die Reserven beschränken wolle, so könne man doch das Kriegsmaterial herabsetzen. Entscheidend für die Verminderung der Rüstungen eines Heeres der allgemeinen Wehrpflicht sei die Höhe des Rekrutenkontingents. Er schlage vor, dem ersten Artikel eine Fassung zu geben, nach der das jährliche Rekrutenkontingent und die allgemeine Dienstdauer nicht eine Zahl überschreiten dürfen, die von jedem der vertragschließenden Staaten angenommen worden sei. Außerdem schlage er vor, die Dauer der aktiven Dienstzeit und die Ausbildungszeiträume getrennt aufzuführen.

Amerika auch weiter Frankreichs Sekundant.

In der Donnerstagsitzung des Abrüstungsausschusses kam die Frage des Kriegsmaterials zur Sprache. Ueberraschenderweise erklärte auch hier der amerikanische Delegierte Gibson, daß Amerika den bisher vertretenen Standpunkt aufgebe und sich dem Standpunkt der Mehrheit der an der Landabrüstung interessierten Mächte anschließe. Er bestehe also nicht mehr darauf, daß das lagernde Kriegsmaterial in die Rüstungen eingeschlossen werde.

Graf Bernstorff erklärte, daß jede Abrüstung sinnlos bliebe, wenn man nicht auch das Kriegsmaterial mit einschließe. Er behalte sich eine grundsätzliche Erklärung hierzu vor. Die Sitzung wurde darauf auf Freitag vertagt.

Die Massenabfütterungen gehen zu weit!

Stresemann über die Kulturaufgaben des Auswärtigen Amtes.

Berlin, 3. Mai.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Donnerstag die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes.

Reichsminister Dr. Stresemann begründete die dauernde Steigerung der Ausgaben des Auswärtigen Amtes damit, daß in der Nachkriegszeit ein vollständig neuer Aufbau des Amtes habe stattfinden müssen, der noch nicht beendet sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die heutige Außenpolitik, und zwar mit voller Berechtigung, in ganz anderem Umfange Kulturpolitik sein müsse als vor dem Kriege. Dieser Ausgabeposten habe früher 3 Millionen Mark betragen und sei heute auf 21 Millionen Mark angewachsen. Das sei eine Vermehrung auf das siebenfache, und diese Ausgabensteigerung trage auch ihre guten Früchte. Die Auslandsbeamten müsse er vor dem Vorwurf in Schutz nehmen, als wenn sie fürstlich besoldet würden und die Inlandsbeamten sich demgegenüber als arme Schlucker fühlen müßten. Der Minister besprach dann die Frage der Repräsentation und gab seiner Meinung Ausdruck, daß die Repräsentation in allen Staaten der Welt gegenwärtig den vernünftigen Rahmen überschreite und mit eigentlicher Geselligkeit nichts mehr zu tun habe. Er warf die Frage auf, warum man nicht endlich von den Massenspeisungen abgehe. Solange diese Art der Repräsentation aber üblich sei, könne man den deutschen Botschaftern nicht zumuten, daß sie allein eine andere Lebensführung mit Rücksicht auf den Empfang der maßgebenden Persönlichkeiten annehmen, die sich in ihre Häuser führen. Der Minister erklärte zum Schluß, daß es keine Leichtfertigkeit des Auswärtigen Amtes sei, wenn sich die Ausgaben erhöhten, sondern diese Erhöhung liege in der Entwicklung, die sich seit dem Kriege vollzogen habe.

Notverordnung zur Gewerbesteuer.

Vom preußischen Kabinett und dem ständigen Ausschuß des Landtages genehmigt.

Berlin, 3. Mai.

Der ständige Ausschuß des Preußischen Landtages hat die Notverordnung über die Gewerbesteuer, die bereits am Dienstag vom Kabinett verabschiedet worden war, mit 15 gegen 14 Stimmen genehmigt. Durch die Notverordnung wird die bisher gültige Gewerbesteuer auf ein Jahr verlängert.

Die Notverordnung enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Steuersatz mit dem Gewerbeertrage beläuft sich für die ersten angefangenen oder vollen 1500 Mark des abgabenpflichtigen Gewerbeertrages auf 0,5 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1200 Mark auf 1 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1200 Mark des abgabepflichtigen Betrages 1,5 Prozent, für die darüber hinausgehenden Beträge 2 Prozent. Die Steuersätze für die ersten 3900 Mark des abgabepflichtigen Ertrages ermäßigen sich bei Lohngewerbetreibenden (insbesondere bei selbständigen Meistern und Hausgewerbetreibenden) auf die Hälfte der obigen Sätze. Bei Betrieben, deren Lohnsumme den Betrag von 18 000 Mark nicht übersteigt, werden 6000 Mark abgezogen.

Das Notjahr in den Gemeinden.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes über die Einbußen an Einkommen- und Körperschaftssteuer.

= Breslau, 1. Mai.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes Dr. Haekel, Berlin, führte auf einem Presseabend des Schlesischen Städtetages aus, daß das Rechnungsjahr 1929 für die Gemeinden zu einem Notjahr erster Ordnung werden würde, weil sich die Ausgaben ständig vergrößert hätten, während ihre Einnahmen für 1929 durch neue gesetzliche Maßnahmen des Reiches und der Länder beschnitten werden sollen. Die Einbuße an Einkommen- und Körperschaftssteuer gegenüber den erhöhten Einnahmen für 1928 errechnete er auf 41½ Millionen für die gesamten preußischen Gemeinden, d. h. etwa 6,7 v. H. weniger aus der Einkommensteuer und 5 v. H. weniger aus der Körperschaftssteuer. Dazu käme der Beschluß der Koalitionsparteien in Preußen, auch die Gewerbesteuer zwangsweise zu senken. Die beabsichtigte Aenderung bei der Ertragssteuer würde für die Gemeinden folgenden Ausfall zur Folge haben:

Der Steuergrundbetrag jedes Gewerbesteuerpflichtigen würde sich für den den steuerfreien Betrag von 1500 Mark übersteigenden steuerpflichtigen Ertrag von 1200 bis 2400 Mark um 1,50 Mark, für die weiteren 1200 Mark um 3 Mark und darüber hinaus um 1,50 Mark ermäßigen. Lege man einen durchschnittlichen Hundertsatz zur Gewerbeertragssteuer von 500 v. H. zugrunde, so ergebe sich für jeden Gewerbeertragssteuerpflichtigen eine Steuerminderung in den drei genannten Stufen von je 7,50 Mark und 15 Mark und 22,50 Mark. Dies bedeute einen Ausfall der Ertragsteuer von 5—6 v. H.

Die zweite vorgesehene Aenderung, daß jeder Lohnsummensteuerpflichtige, der nicht mehr als 18 000 Mark Lohnsumme im Jahre zahle, 6000 Mark abziehen dürfe, würde sich für die Städte katastrophal auswirken. Alle Lohnsummensteuerpflichtigen, die nicht mehr als 6000 Mark jährlich Lohnsumme zahlten, würden steuerfrei werden, während für jeden der übrigen Lohnsummensteuerzahler bei einem Durchschnittssatz von 1600 v. H. der Gemeinde ein Ausfall von je 96 Mark entstünde. Bedauerlich sei ferner, daß bei dieser schwierigen Finanzlage der preußischen Gemeinden ein Schul- und Polizeilastenausgleich noch immer nicht vorgenommen sei.

Alle Anträge zur Todesstrafe abgelehnt.

Eine Lücke im Gesetzentwurf.

Berlin, 3. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm gestern die Abstimmung über die Todesstrafe vor. Die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachten Anträge auf Beseitigung der Todesstrafe wurden abgelehnt. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Kahl, der die Sicherungsverwahrung vorsieht, wurde gleichfalls abgelehnt, und zwar mit 16 : 12 Stimmen, dafür den Antrag nur Sozialdemokraten, Demokraten und der Abgeordnete Dr. Kahl stimmten.

Da sämtliche Anträge abgelehnt wurden, mußte nunmehr über die Fassung des Entwurfs abgestimmt werden. Diese wurde mit 14 : 14 Stimmen gleichfalls abgelehnt, da nach Ablehnung des Antrages Kahl nur Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten für die Beseitigung der Todesstrafe eintraten. Schließlich wurde auch der von der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Antrag, der die Todesstrafe nur bei erschwerenden Umständen eintreten lassen will, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist, daß zunächst einmal eine Lücke im Strafgesetzbuchentwurf entstanden ist.

Oppelner Polizeipräsident gemaßregelt.

Wegen der Vorfälle anläßlich der polnischen Theateraufführung.

= Oppeln, 3. Mai.

Polizeipräsident Mai ist im Zusammenhang mit den Vorgängen anläßlich der polnischen Theateraufführung durch Beschluß des preußischen Staatskabinetts mit Wirkung vom 2. Mai in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Polizeipräsident Mai ist erst kurze Zeit in Oberschlesien tätig, da die Verstaatlichung der Polizei in Oppeln erst vor kurzem erfolgte. Er verwaltete bisher sein Amt kommissarisch, war früher Regierungsrat in Berlin und vorher Gewerkschaftssekretär. E bekennt sich zur sozialdemokratischen Partei. Zwei leitende Offiziere der Oppelner Schutzpolizei sind mit sofortiger Wirkung versetzt worden.

Schiedsspruch im Ruhrbergbau verbindlich.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 3. Mai.

Der im Lohnstreit im Ruhrbergbau gefällte Schiedsspruch ist von Amts wegen für verbindlich erklärt worden. Bekanntlich hatten die Gewerkschaften den Schiedsspruch abgelehnt, während er von den Unternehmern angenommen worden war.

Arbeitgeber zur Schlichtungsverordnung.

Abänderungsvorschläge.

Berlin, 2. Mai.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände übergibt nunmehr ihre Reformvorschläge zur Schlichtungsverordnung der Oeffentlichkeit.

Die Reformvorschläge wenden sich gegen die bisherige Regelung des Schlichtungsverfahrens, das nach Ansicht der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290504-13/fragment/page=0001

Arbeitgeber durch Einschränkung der eigenen Verantwortung der Vertragsparteien bei diesen bei schwerwiegenden Entscheidungen die Fähigkeit zu verantwortungsbewußtem Handeln schwächt und ferner „durch das Hineintragen wechselnder politischer Einflüsse den ohnehin schwierigen sachlichen Ausgleich der sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten und die gesunde Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft gefährdet“.

Dementsprechend wird von den Arbeitgebern gefordert, daß die freie Vereinbarung stärker als bisher in den Vordergrund gestellt werden soll und dem staatlichen Schlichter nur eine eng begrenzte Tätigkeit zugewiesen wird. In der Regel sollen zu vereinbarende freiwillige Schlichtungsstellen in Tätigkeit treten; nur im Falle eines Fehlens dieser Schlichtungsstellen sollen die staatlichen Schlichter eingreifen. Die staatliche Schlichterkammer soll versuchen, in erster Linie eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Falls diese nicht zustande kommt, soll die Schlichterkammer das Recht erhalten, einen Schiedsspruch abzugeben. Für das Zustandekommen des Schiedsspruches soll die einfache Stimmenmehrheit erforderlich sein. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen soll nur bei Gesamtstreitigkeiten in „lebenswichtigen Betrieben“ zulässig sein, sowie bei „Gesamtstreitigkeiten, die die deutsche Volkswirtschaft so stark treffen, daß die Lebensmöglichkeit der Gesamtbevölkerung gefährdet ist“. Die Verbindlichkeitserklärung soll die Annahme eines Schiedsspruches ersetzen.

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt weiter.

Aber noch immer eine halbe Million mehr als im Vorjahr.

Berlin, 3. Mai.

Die Aufwärtsbewegung des Arbeitsmarktes hat sich in der Zeit vom 22. bis 27. April annähernd im Tempo der Vorwoche fortgesetzt. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (ohne Krisenunterstützung), die seit dem winterlichen Höchststand von 2,46 Millionen bis zum 15. April auf 1,48 Millionen fiel, dürfte am 1. Mai, geschätzt nach den Vormeldungen der Landesarbeitsämter, auf 1,2 Millionen gesunken sein.

Trotz dieser starken Abnahme der Arbeitslosigkeit ist der Beschäftigungsgrad des Vorjahres in keinem Landesarbeitsamtsbezirk erreicht. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen, die in diesem Winter zeitweise um 1,1 Millionen über der des Vorjahres lag, dürfte gegenwärtig immer noch um etwa 500000 höher sein als zur gleichen Zeit des Vorjahrs, aber ungefähr ebenso viel niedriger als Ende April des Krisenjahrs 1926.

Aus dem In- und Auslande.

Scharfe Maßnahmen gegen Feng beschlossen.

Peking, 2. Mai. In Nanking wurde die Militärkonferenz unter dem Vorsitz von Marschall Tschangkaitschek eröffnet. Die Konferenz soll über weitere Maßnahmen gegen Marschall Feng beraten. In seiner Eröffnungsrede erklärte Tschangkaitschek, die Nankingregierung sei imstande, General Feng zu vernichten. Die Konferenz erklärte sich mit den von der Nankingregierung getroffenen Maßnahmen einverstanden und stellte sich für den Kampf gegen General Feng zur Verfügung.

Die Exterritorialitätsrechte in China.

Die Nanking-Regierung will ihre Abschaffung durchsetzen.

London, 1. Mai.

Der Außenminister der Nanking-Regierung Wang gab nach Schanghaier Meldungen bekannt, daß Nanking an die Regierungen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten, Holland, Frankreich, Norwegen und Brasilien Noten gerichtet habe, in denen sie aufgefordert werden, ihre diplomatischen Vertreter in China anzuweisen, mit der Nanking-Regierung Verhandlungen wegen der Abschaffung des Exterritorialitätsrechts in China einzuleiten. Der Text der Note wird heute veröffentlicht.

Beendigung des mexikanischen Aufstandes.

Almada sucht Asyl in Amerika.

Neuyork, 30. April.

Aus Arizona wird gemeldet, daß 500 mexikanische Aufständische mit 18 Maschinengewehren und einem Geschütz sich ergeben hätten. Der General Hector Ignacio Almada wandte sich an die Vereinigten Staaten von Amerika und bat die Einwanderungsbehörde um Aufenthaltserlaubnis.

General Almada, der Oberbefehlshaber der Aufständischen, war vor der Revolution aus Mexiko verbannt und kehrte dahin zurück, als der letzte Aufstand ausbrach. General Calles, der Oberkommandierende der mexikanischen Regierungstruppen nimmt nunmehr an, daß der Aufstand im Staate Sonora, in dem die Aufständischen zuletzt Widerstand geleistet haben, nach Beendigung dieser Säuberungsaktion vollkommen niedergeschlagen ist.

Radek darf nach Moskau zurückkehren.

Kowno, 3. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der nach Tobolsk verschickte Radek der Zentralen Kontrollkommission erklärt, daß er mit den Trotzkisten gebrochen habe. Die Zentrale Kontrollkommission hat Radek gestattet, nach Moskau zurückzukehren.

Aus der Umgegend

Nebra, 4. Mai.

— **Der Frühling ist da,** es läßt sich sein Einzug nicht mehr bestreiten. Am Waldessaume stehen die prächtigen Himmelsschlüssel und auch andere Frühlingsboten; diesen und jenen sieht man mit einem Veilchensträußchen vom Spaziergang heimkehren und auch der Fliederstrauch kündigt bereits an, daß seine Festtagsgarderobe bald fertig sein wird. Wo das Auge hinschaut, ist Frühlingserwachen und wir haben die Gewißheit, daß er kommt, wenn auch volle zwei Wochen später als in anderen Jahren. Aber wir freuen uns dennoch auf den lieblichen Jahresabschnitt und wollen ihn genießen, soweit es das Hasten und Jagen um das liebe tägliche Brot zuläßt.

— **Kirchliches.** Wegen der kirchlichen Einführung des Herrn Pastor Giesewetter-Kleinwangen kann der morgende Gottesdienst ausnahmsweise erst am Nachmittag um 5 Uhr gehalten werden.

— **Handwerkertag.** Aus dem ganzen Kreise Querfurt kommen morgen diejenigen Handwerker und Gewerbetreibenden hier zusammen, die den Glauben an eine bessere Zeit noch nicht ganz aufgegeben haben. Im Laufe des Vormittags treffen bereits die Vorstandsmitglieder der einzelnen Ortsgruppen des Kreisvereins ein, um gegen 11 Uhr im Hotel „Zur Burg“ in einer Vorstandssitzung über Vereinsangelegenheiten zu beraten; der größere Teil der Gäste kommt mit den Mittagszügen, um an der Hauptversammlung im Schützenhaus-Saale sich zu beteiligen. Abends ist aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Ortsgruppe Nebra im Schützenhause Theater und Ball. — Es bedarf wohl keines besonderen Appells an die Nebraer Handwerker und Gewerbetreibenden, ferner an alle Freunde und Förderer des Mittelstandes, daß sie alle an den Veranstaltungen nachmittags sowohl wie abends sich beteiligen.

— **Vom Amtsgericht Nebra.** Die Dienststunden des hiesigen Amtsgerichts für die Sommermonate vom 1. Mai bis 30. September sind auf 7—12 Uhr vormittag und 1—4 Uhr nachmittag festgesetzt. Sprechstunden für das rechtsuchende Publikum finden nur von 10—12 Uhr statt.

— **Unsere Stadtlichtspiele** zeigen am Sonntag den vielbesprochenen Film: „Der Fremdenlegionär“. Dieser Bilbstreifen wurde vor einiger Zeit im besetzten Gebiet von der Besatzungskommandantur verboten, weil er ein getreues Bild von den Zuständen in der Fremdenlegion widerspiegelt. Für unsere Jugend besonders, die alle Warnungen noch überhört und immer und immer wieder die Reihen der Legion auffüllt, sei der Film empfohlen. Der zweite Film wird den Humor fördern.

— **Bankverein Artern Spröngerts, Büchner & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, Artern.** In der gestern abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung wurde über das Geschäftsjahr 1928 Bericht erstattet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachten der Vorsitzende des Aufsichtsrates, sowie der persönlich haftende Gesellschafter Herr Büchner der Verdienste des im vorigen Jahr verstorbenen früheren langjährigen persönlich haftenden Gesellschafters, Herr J. R. Spröngerts, sowie der Tätigkeit des ebenfalls im vorigen Jahr verstorbenen Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Justizrat M. Wirth. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser beiden Herren durch Erheben von den Plätzen. Die Regularien, sowie die vorgeschlagene Dividende von 8% wurden einstimmig genehmigt. Die Auszahlung der Dividende erfolgt sofort gegen Einreichung des Gewinnanteilscheines Nr. 5. Die turnusmäßig ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, die Herren Amtsrat H. Frank, Sachsenburg, Gutsbesitzer K. Scheibe, Bottendorf, Kammerdirektor O. Hilpert, Roßla, Oberamtmann F. Hoch, Schönewerda, Rittergutsbesitzer B. Lüttich, Esperstedt, wurden wieder gewählt. Anstelle des verstorbenen Herrn Justizrat Wirth wählte die Versammlung Herrn Domänenpächter Dr. A. Kauffmann, Artern, neu in den Aufsichtsrat.

— **Aufgehobene Straßensperrung.** Die wegen Vornahme von Neubauten an der Mühlgrabenbrücke in der Ortslage Ritteburg vorgesehene Straßensperrung der Kreisstraße Ritteburg—Gehofen ist aufgehoben und bis auf unbestimmte Zeit verschoben worden, weil die angegebene Ersatzstraße im Nachbarkreise bereits gesperrt ist. Die Kreisstraße Ritteburg—Gehofen ist daher weiterhin passierbar.

Kreissparkasse Querfurt.

Welch wichtigen Faktor für das Wirtschaftsleben unserer engeren Heimat die Kreissparkasse Querfurt bedeutet, geht aus den Zahlen des nunmehr vorliegenden Berichts für das Geschäftsjahr 1928 hervor.

Das Jahr 1928 war ein Jahr ruhiger, steter Entwicklung für die Kreissparkasse. Sie hat eine erfreuliche Aufwärtsbewegung in sämtlichen Geschäftszweigen aufzuweisen und kann auf das abgelaufene Geschäftsjahr zurückblicken mit dem Bewußtsein, der Kreisbevölkerung und den Gemeinden nach besten Kräften gedient zu haben. Die von unverantwortlichen Stellen in die Sparerkreise an vielen Orten immer wieder hervorgerufene Beunruhigung durch Gerüchte über Währungsbesorgnisse haben den Sparbetrieb nicht zu beeinflussen vermocht. Daß die Sparkasse das Vertrauen der Kreisangehörigen in weitestem Maße besitzt, beweist die lebhafte Steigerung des Umsatzes, der im Geschäftsjahr 1928 insgesamt 189,5 Millionen RM. gegenüber rund 139 Millionen RM. im Vorjahre betrug. Im Sparverkehr erhöhte sich der Einlagenbestand um 1 410 506,49 RM. auf einen Bestand von 4 287 645,21 RM. In den Schulen wurden im Laufe des Jahres rund 40 000 RM. durch Sparmarken eingezahlt. Auch das Sparen in Heimsparbüchsen hat sich gut entwickelt. Im Giro- und Kontokorrentverkehr haben sich die Bestände und die Anzahl der Konten nicht wesentlich verändert. An Kontokorrentkrediten waren am Jahresschluß 2 125 369,92 RM. ausgeliehen, und zwar zum großen Teil an den gewerblichen Mittelstand und an landwirtschaftliche Betriebe.

Auch dem Wohnungsbau hat die Sparkasse wieder vollste Unterstützung gewährt; sie hat für diesen Zweck einen hohen Prozentsatz ihrer Gelder als langfristige Hypotheken zur Verfügung gestellt. Bei Jahresschluß betrugen diese 1 335 735 RM.

Wie in den Vorjahren, so sind auch 1928 den öffentlich-rechtlichen Körperschaften erhebliche Mittel zu Schulneubauten, Siedlungszwecken, Brücken- und Straßenbau, Wasserleitungsanlagen usw. bereitgestellt worden.

Trotz der entsprechend dem stark gestiegenen Geschäftsverkehr notwendig gewordenen höheren Sach- und Personalausgaben und im Hinblick auf die verhältnismäßig hohen Zinsen für Spareinlagen und niedrigen Sätze für Darlehen darf das Ergebnis für 1928 als günstig bezeichnet werden. Der Reinertrag nach Abzug der Geschäfts- und Verwaltungskosten und nach Vornahme der Abschreibungen beträgt 22 776,62 RM.

Einen guten Maßstab für die Entwicklung der Kreissparkasse bildet ein Vergleich der Bilanzsumme der letzten Jahre. Sie betrug

Ende 1924	1 166 919,61	RM.
„ 1925	1 740 218,12	„
„ 1926	2 415 539,61	„
„ 1927	4 617 266,07	„
„ 1928	6 006 193,21	„

An der fortschreitenden Entwicklung der Kreissparkasse hat auch die Zweigstelle Roßleben in weitem Maße beigetragen, sie hat neben der Hauptstelle den ausgedehntesten Geschäftsverkehr zu bewältigen.

Bei der Zweigstelle Roßleben betrugen die Spareinlagen Ende 1927: 281 946,67 RM., 1928: 476 736,17 RM.

Im Giro-, Scheck- und Kontokorrentverkehr betrugen die Einlagen Ende 1927: 96 997,02 RM., 1928: 127 787,71 RM., ausgeliehen waren folgende Beträge: 1927: 326 608,25 RM., 1928: 386 855,11 RM. Es sind dies ganz erhebliche Beträge, die der Wirtschaft unseres Ortes zur Verfügung gestellt werden.

Der Gesamtumsatz der Kreissparkasse betrug im Jahre 1928 in Einnahme und Ausgabe:

bei der Hauptstelle Querfurt	127 135 352,44	RM.
Zweigstelle Gardorf	22 463 282,94	„
„ Großosterhausen	5 063 692,00	„
„ Neumark	13 752 763,10	„
„ Roßleben	21 125 361,42	„

Die Zweigstelle Roßleben rangiert nach dem Umsatz an dritter Stelle, dagegen steht sie nach der Zahl der Geschäftsvorfälle mit 48 238 an zweiter Stelle.

Wir sehen aus dem erfreulichen Bericht der Kreissparkasse aber auch, daß der neuzeitliche, nach kaufmännischen Grundsätzen geführte Betrieb — wir meinen die Flucht in die Oeffentlichkeit mittels praktischer Reklame — sich äußerst günstig auswirkt. Die Spartätigkeit steigt fortgesetzt, was kaum der Fall sein würde, wenn dieses öffentliche Institut wie ein Veilchen im Verborgenen blühen würde. — Wir wünschen der vorbildlichen Leitung einen weiteren guten Erfolg ihrer Methode, mit der sie die Pfennige zu Talern verwandelt.

Wiehe. Der neue Herr Landrat Pöhlmann stattete am Mittwochnachmittag unserer Stadt seinen Antrittsbesuch ab. Auf dem Rathaus hatten sich Mitglieder des Magistrats sowie der Stadtverordnetenvorsteher eingefunden. Herr Bürgermeister Tauscher begrüßte Herrn Landrat Pöhlmann namens der Stadt, unterrichtete ihn namentlich über die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Gemeinde und erbat seine Hilfe in mancherlei Fragen, namentlich auch hinsichtlich der Verkehrserleichterung, die helfend zu unterstützen der neue Herr Landrat auch, so weit es möglich sei, zusagte. Anschließend wurde ein Rundgang durch die Stadt vorgenommen, auch fand eine Besichtigung des Bosel'schen Fabrikbetriebes, der Kraftspothalle sowie der in den letzten Jahren neuerstandenen Siedlungen und des Schützenhauses statt.

Lossa, 2. Mai. Mit dem 1. Mai hat Herr Rittergutspächter Wüstenhagen die Pacht des zur v. Werthern'schen Gutsherrschaft Bachra gehörenden Ritterguts Lossa an Herrn Inspektor Schwarzkopf, bisher auf einem der Dippe'schen Güter bei Aschersleben, abgetreten. Die allseitig beliebte Pächterfamilie verläßt unseren Ort in diesen Tagen.

Rastenberg. Die diesjährige Kursaison soll am 9. Mai eröffnet werden. Die Kurverwaltung, an deren Spitze Bürgermeister Garke und Stadtobersekretär Kotsch stehen, hatte am letzten Sonntag zu einer Veranstaltung in das Schwimmbad eingeladen, die einen Provisoriumscharakter trug. Wie so viele andere Kurorte, will auch Rastenberg dazu übergehen, eine moderne Konzertübertragungsanlage für das Schwimmbad anzuschaffen. Der Einladung des Kurvorstandes hatten zahlreiche Gäste von nah und fern Folge geleistet. Die Uebertragungsanlage besteht aus einem Grammophon und einer Großverstärkeranlage, an die eine Reihe Mikrophone, die auf verschiedene Stellen der Badeanlage verteilt werden, angeschlossen ist. Die Anlage bewährte sich ausgezeichnet, sie soll jedoch nicht dazu dienen, die Kurkapelle ganz zu ersetzen, vielmehr werden Konzerte derselben wie bisher stattfinden.

Ritteburg. Am Mittwochnachmittag brannte hier das Wohnhaus des Landwirts Riese ab. Trotz raschen Eingreifens der Ortsfeuerwehr und der Wehr von Kalbsrieth brannte der Dachstuhl vollständig ab und auch das obere Stockwerk wurde vernichtet.

Artern. Der Fernsprechdienst wird hier voraussichtlich Anfang Juni auf Selbstanschluß umgestellt werden.

Voigtstedt. (Den Helmefluten entrissen.) Montag nachmittag fiel beim Spielen das vierjährige Söhnchen des Geschirrführers Hermann Stockmar an Döttlers Brücke in die Helme. Das Kind war schon bis zur Dorfbrücke getrieben, als ein vorüberfahrender Landwirt das Kind sah und Lärm schlug. Der Schlosser Paul Werther sprang hinein und rettete das Kind vom sicheren Tode

Sondershausen. Der Sondershäuser Verband Deutscher Sängerverbindungen feiert in den Pfingsttagen in Sondershausen ein großes, auf vier Tage sich ausdehnendes Verbandsfest, bestehend aus drei Konzerten in der Orangerie, Einweihung eines Gefallenen-Denkmals, großem Kommers, Festzug, Festessen und Ball. Die geselligen Veranstaltungen finden in dem Festzelt statt, das bei der Marburger Universitätsfeier sich bestens bewährt hat. Aus den 27 an reichsdeutschen Universitäten bestehenden Sängerverbindungen des S. V. haben sich bisher an Aktiven, alten Herren und ihren Damen im ganzen 4000 Teilnehmer gemeldet. Die Organisation des Festes wird im weitesten Maße von der städtischen Verwaltung, der Regierung, dem Konservatorium und allen Kreisen der erwartungsfrohen, schön gelegenen Stadt gefördert.

Roßla. Geheimnisvolles Verschwinden von Wasser. Seit einigen Tagen befindet sich die hiesige Einwohnerschaft ohne Wasser. Nach vorgenommenen Feststellungen von Sachverständigen ist das erst vor kurzem angelegte Wasserbassin in der Trift wohl mit Wasser ausgiebig gefüllt, jedoch verläuft sich das Wasser in dem Hauptrohr zur Gemeindeleitung auf unerklärliche Weise.

Gerbstedt. Auf dem Bitzthumschacht fuhren mehrere Abraumwagen infolge Reißens des Hängeseiles in eine Arbeitergruppe. Zwei Bergleute wurden schwer verletzt und mußten in das Krankenhaus überführt werden. Die übrigen Arbeiter konnten sich im letzten Augenblick noch retten.

Merseburg. Am Dienstag mittag ereignete sich an der Baustelle der Unterführung der Werkbahn an der Provinzialstraße Merseburg—Weißenfels ein schwerer Unfall. Bei den Arbeiten stürzte eine Mauer ein und begrub den Bauarbeiter Ruppert unter sich. Der Verletzte wurde mit schweren inneren und äußeren Verletzungen unter der Mauer hervorgeholt und sofort in die Ambulanz des Ammonitwerkes Merseburg geschafft.

Halle. Der Schornsteinfeger als „Kriminalbeamter“. Der Schornsteinfeger Hilpert verübte mehrfach Betrug dadurch, daß er sich in einigen westlichen Städten Deutschlands, ferner in Berlin, Oranienburg, Nowawes und Eberswalde als „baltischer Kriminalbeamter“ ausgab, in die Wohnungen von Bürgern eindrang und dort Geld beschlagnahmte, das er angab, versiegeln zu müssen. Er schickte die Betreffenden nach einem Licht, um die Behälter (Kommoden usw.) mit dem Gelde zu versiegeln, entnahm jedoch, während das Licht geholt wurde, dem Behälter das Geld. Auf diese Weise fielen ihm mehrfach namhafte Beträge in die Hände. Es gelang, ihn jetzt in Bremerhaven festzunehmen.

Bernburg. Scheuendes Pferd. In Roschwitz scheute das Pferd eines Handelsmannes aus Cörmigk. Bei der tollen Fahrt stürzten die drei Insassen aus dem Wagen. Hierbei wurde die 72jährige Frau Bergmann so unglücklich überfahren, daß ihr im Krankenhaus ein Bein abgenommen werden mußte. Die beiden anderen Mitfahrer wurden leicht verletzt.

Mühlhausen. Ein Kind tödlich verbrüht. Im benachbarten Diedorf (Eisfeld) ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall, dem ein zartes Kindesleben zum Opfer fiel. Das kaum 1½ Jahre alte Kind eines dortigen Einwohners war der Großmutter in die Küche gefolgt. Als die alte Frau einen Topf kochenden Wassers vom Herd nehmen wollte, wurde durch einen unglücklichen Zufall brühendes Wasser auf das Kind verschüttet, das einige Stunden später an den Folgen der erlittenen Verbrühungen starb.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290504-13/fragment/page=0002

Erfurt. In eine Mädchengruppe gerast. Mittags gegen 12.30 Uhr fuhr ein Radfahrer im rasenden Tempo auf dem Promenadeweg vom Herrenkrug nach dem Luisenpark in eine Gruppe Gewerbeschülerinnen hinein, wobei eine 18jährige Schülerin derart verletzt wurde, daß ihre Ueberführung in das Katholische Krankenhaus notwendig wurde. Die schwere Verletzung wurde erst dadurch herbeigeführt, daß der Täter die am Boden liegende an seinem Rade hängende Verletzte mit dem Rade in roher Weise hochriß und die Verletzte nochmals auf den Boden fallen ließ.

Zeitz. Feuer in der Klavierfabrik. In der Fabrik für Pianofortebestandteile Adolf Kummer in der Tröglitzer Straße brach im Maschinenhaus ein Großfeuer aus. Die Zeitzer Freiwillige Feuerwehr sowie die Wehr der Zeitzer Eisengießerei konnten das Feuer auf seinen Herd beschränken. Die Kesselanlage wurde durch das Feuer vernichtet.

Weida. Aus dem Bett gefallen und ertrunken. Hier fiel das acht Monate alte Töchterchen Inge des Arbeiters Bodo Nitz, als die Mutter eine Besorgung außerhalb des Hauses erledigte, aus dem Bettchen in einen davorstehenden gefüllten Wassereimer und ertrank, da ihm keine Hilfe gebracht werden konnte.

Gera. Nächtliches Autounglück. In der Nacht verunglückte auf der Straße Klosterlausnitz—Bad Köstritz ein Personenautomobil. Infolge zu starken Bremsens überschlug sich der Wagen. Drei Insassen, sämtlich aus Gera, wurden erheblich verletzt. Einer erlitt eine schwere Gehirnerschütterung.

Aus Nah und Fern.

Eisenach. Erhöhte Hundesteuer. Der Stadtrat hat mit Wirkung vom 1. April 1929 das Ortsgesetz über die Erhebung der Hundesteuer geändert und beschlossen, jährlich folgende Sätze zu erheben: Für Bedarfshunde 20 Rm., für den ersten Luxushund 50 Rm., für den zweiten Luxushund 80 Rm., für den dritten Luxushund 120 Rm., und für den vierten Luxushund 160 Rm., und für jeden weiteren Luxushund 200 Rm.

Bautzen. Vergiftete Teiche. Ein großes Fischsterben wird in den mittelgroßen Teichen bei der Flughalle beobachtet. Die Fische sind unter Vergiftungserscheinungen gestorben und treiben auf der Wasseroberfläche. Die Untersuchungen sind noch im Gange. Es steht noch nicht fest, ob es sich um eine beabsichtigte Vergiftung des Wassers handelt oder ob die Teiche durch Abwässer verunreinigt wurden.

Chemnitz. Zwei reisende Einbrecher dingfest gemacht. Der hiesigen Kriminalpolizei ist es gelungen, zwei vielfach vorbestrafte reisende Einbrecher zu verhaften. Es handelt sich um einen gewissen Madeja und Kopetzki, beide in Kattowitz wohnhaft. Die Einbrecher haben in Chemnitz große Strumpfwarendiebstähle ausgeführt und brachten die erbeuteten Waren dann nach Oberschlesien. Ein Teil dieser Diebeswaren konnte ihnen vor kurzem beim Schmuggeln über die deutsch-polnische Grenze von polnischen Kriminalbeamten abgenommen werden und lagert jetzt noch im Zollamt Kattowitz.

Crimmitschau. Tanz unter dem brennenden Dach. Während eines Tanzvergnügens des Arbeiter-Turn-Vereins in Frankenhausen entstand im dortigen Gasthof „Zum Paradies" ein Brand, der in kurzer Zeit das ganze Gebäude erfaßt hatte. Zuerst hatten die Begleitmannschaften eines gegen 23 Uhr aus der Richtung Göynitz fahrenden Güterzuges durch andauerndes Geheul der Dampfpfeife der Lokomotive, bei langsamer Fahrt, auf den Brand aufmerksam gemacht. Ahnungslos tanzten die Teilnehmer am Vergnügen noch, als bereits im alten Gasthofgebäude die Flammen aus dem Dachgeschoß züngelten. Die Wirtin und andere Hausbewohner waren mit ihren Kindern bereits schlafen gegangen, sie konnten nur das nackte Leben retten. Einer älteren, alleinstehenden Frau, die zurzeit zu Besuch in Bremen weilt, ist die ganze Habe verbrannt, die nicht versichert war. Der über 100 Jahre alte Gasthof brannte mit dem Saal vollkommen nieder.

Alt-Rüdnitz a. d. O. Diamantene Hochzeit mit 75 Enkeln und Urenkeln. Im Kreise seiner fünf Kinder und 75 Enkel und Urenkel konnte hier das Ehepaar Friedrich Dewitzsch das seltene Fest der Diamantenen Hochzeit feiern.

Rothenburg. Wohnhaus und Scheune verbrannt. In Neusorge brannte das leerstehende Besitztum des Handelsmannes Jäkel, bestehend aus Wohnhaus und Scheune, völlig nieder. Verschiedene Maschinen und ein Wagen wurden ein Raub der Flammen.

Rottenbach. Aus Trotz zum Brandstifter und Selbstmörder geworden. Auf dem der Familie Langhut gehörigen Schillingshof oberhalb des nachbarlichen Solsdorf brach in frühester Morgenstunde Feuer aus, das in kurzer Zeit Wohnhaus, Stall und Scheune einäscherte. Mit Mühe konnten Pferde und Kühe gerettet werden, Schweine, Schafe und viel Federvieh kamen in den Flammen um. Die Feuerwehr konnte infolge des großen Wassermangels nicht helfen. Das Unglück ist von dem 23jährigen Sohn des Besitzers angerichtet worden, der aus Trotz das Anwesen in Flammen aufgehen ließ. Mit einem Schuß in dem Kopf wurde der Brandstifter, den man ins Krankenhaus nach Rudolstadt brachte, aufgefunden.

München. Der Stadtrat gegen die Ehrung seines Bürgermeisters. Im Münchener Stadtrat wurde mit 23 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Nationalsozialisten und Kommunisten gegen 18 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen ein nationalsozialistischer Antrag angenommen, daß von einer Verleihung des Ehrendoktors der medizinischen Fakultät an den Münchener Oberbürgermeister Scharnagel Abstand genommen werden möge. Der Antrag war damit begründet worden, daß sich der Oberbürgermeister um das Zustandekommen der neuen dermatologischen Klinik nicht mehr verdient gemacht habe, als alle übrigen Mitglieder des Stadtrates. Der zweite Bürgermeister Dr. Küfner erklärte hierzu, es liege hier der außergewöhnliche Fall vor, daß sich ein Stadtrat dagegen wendet, daß sein Oberbürgermeister als Vertreter der Stadtgemeinde geehrt werde.

München. Jugendlicher Straßenräuber. Ein 17jähriger Kaufmannslehrling aus Frankfurt a. M. überfiel in einem Hause in der Residenzstraße einen Geldbriefträger, versetzte ihm mit einem Gummiknüppel mehrere Schläge auf den Kopf und wollte ihn berauben. Auf die Hilferufe des Ueberfallenen konnte der Täter ergriffen werden. Er hatte auch eine geladene Pistole bei sich. Er gab zu, den Ueberfall schon seit sechs Tagen vorbereitet zu haben.

Nürnberg. Das 12. Todesopfer der Explosionskatastrophe. Im hiesigen Krankenhaus starb eine 37jährige Arbeiterin an den schweren Verletzungen, die sie bei dem Explosionsunglück in der Bleistiftfabrik Städtler erlitten hatte. Das Unglück hat somit bis jetzt 12 Todesopfer gefordert.

Eschenrode. Wohl und munter auf drei Beinen. Ein Schaflamm mit drei Beinen kam im Stalle des Landwirts Fr. Seiler zur Welt. Das Tier ist trotz Mißbildung gesund und munter.

Hannover. Provinziallandtagsabgeordneter verhaftet. In Wieke-Steinförde wurde im Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten in der Gemeindeverwaltung nach vorhergegangener Haussuchung der sozialistische Provinziallandtagsabgeordnete Georg Hornow in Haft genommen.

Halberstadt. Zensuren für die Zahnpflege. Um die Schulkinder zu gründlicher und regelmäßiger Zahnpflege zu erziehen, beabsichtigt die Städtische Schulzahnklinik, Zensuren für die Zahnpflege einzuführen, die regelmäßig mit den anderen Zensuren verteilt werden sollen.

Röhrsdorf bei Chemnitz. Blut muß fließen....! Bei einem Vereinsvergnügen kam es zu einer Schlägerei zwischen bayerischen und rheinischen Bauarbeitern, die einen so großen Umfang annahm, daß ein Ueberfallkommando aus Chemnitz zur Wiederherstellung der Ruhe herbeigerufen werden mußte. Zwei Maurer erlitten schwere Kopfverletzungen. Die Beteiligten wurden verhaftet.

Tautenhain. Von einem Lastkraftwagen totgefahren. Auf der Dorfstraße geriet der neunjährige einzige Sohn Willy des Maurers W. Kratz beim Ueberholen mit seinem Fahrrad unter einen mit fünf Tonnen Steinen beladenen Lastkraftwagen. Die erlitten Verletzungen waren bedauerlicherweise tödlich.

Zittau. Todesfahrt auf dem Soziussitz. Ein tödlicher Motorradunfall ereignete sich in der Nähe von Großhennersdorf. Ein Motorradfahrer aus dem benachbarten Wittgendorf, der seine Braut, die 21jährige Verkäuferin Lucie Heinrich (Zittau) auf dem Soziussitz mit sich führte, wollte kurz vor Großhennersdorf einigen Radfahrern ausweichen und kam dabei zu Sturz. Während der Führer des Motorrades und ein angefahrener Radfahrer mit geringen Verletzungen davonkamen, erlitt die Mitfahrerin einen schweren Schädelbruch, dem sie kurz nach der Ueberführung in das Zittauer Krankenhaus erlag. Die Schuldfrage an dem bedauerlichen Unfall ist noch nicht geklärt.

Plauen. Mehrere Hundert Wasserrohrbrüche. In der Plauener Talsperre, durch die die Stadt Plauen in der Hauptsache mit Wasser versorgt wird, sind gegenwärtig 1 850 000 Kubikmeter Wasser vorhanden. Es fehlen also noch rund 1½ Millionen Kubikmeter bis zum Vollauf. Von den großen Schneemassen, die im Talsperrengebiet niedergegangen waren, ist ein großer Teil verdunstet, so daß der Zufluß nicht so stark war, wie erwartet worden war. Daß der Wasserstand heute noch so auffallend niedrig steht, ist auch mit darauf zurückzuführen, daß im Stadtgebiet mehrere hundert Wasserrohrbrüche vorgekommen sind, von denen bisher, abgesehen von den Hauptrohrschäden, rund 100 Zweigrohrschäden ausgebessert worden sind. Durch die zahlreichen Rohrschäden sind große Wasserverluste zu verzeichnen gewesen, die sich an manchen Tagen auf 15 000 Kubikmeter bezifferten und auch heute noch rund 10 000 Kubikmeter betragen. Während der normale Wasserverbrauch sich um die Jetztzeit erfahrungsgemäß auf etwa 9000 Kubikmeter stellt, laufen gegenwärtig immer 18 000 Kubikmeter durch die Wasserrohre. Bis zur Hebung sämtlicher Wasserrohrschäden werden noch mehrere Wochen vergehen.

Schirgiswalde. Zwei Scheffel Fichtenwald verbrannt. Ein größerer Waldbrand brach an den „Kälbersteinen" bei Schirgiswalde aus. Der Brand nahm rasch einen solchen Umfang an, daß neben einem großen Aufgebot von Waldarbeitern die Feuerwehr von Schirgiswalde alarmiert werden mußte. Mit vereinten Kräften gelang es schließlich, den Brand zu löschen. Den Flammen sind zwei Scheffel 25jähriger Fichtenbestand zum Opfer gefallen. Die Entstehungsursache des Feuers konnte noch nicht ermittelt werden.

Neustrelitz. Einbruch im Landgerichtsgebäude. In der Nacht ist im Landgerichtsgebäude in Neustrelitz ein Einbruch verübt worden. Die Täter drangen vom Hof in das Gebäude ein und öffneten mit Nachschlüsseln die Tür des Zimmers, in dem sich die Gerichtskasse befindet. Es gelang ihnen, den Geldschrank aufzubrechen und zu berauben. Neben 300 bis 400 Mark Bargeld fielen den Dieben Gerichtskostenmarken im Betrage von rund 110 000 Mark in die Hände. Die Verwendung der Gerichtskostenmarken erstreckt sich über das ganze Deutsche Reich. Um den Einbrechern die Möglichkeit zu nehmen, die gestohlenen Gerichtskostenmarken außerhalb Mecklenburg-Strelitz abzusetzen, hat das Staatsministerium die Gerichtskostenmarken in der bisherigen Form mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt.

Kleine Chronik.

Ein grauenvoller Tod. Einen fürchterlichen Tod fand die Fabrikarbeiterin Marie Schatek aus Prag. Sie war an der ihrer Schwester gehörenden Wäschemangel beschäftigt. Während ihre Schwester außerhalb des Ladens weilte, wollte sie an der elektrischen Mangel etwas richten und steckte den Kopf in die Maschine. Der Kopf wurde von der Walze erfaßt und buchstäblich zermalmt.

Autounfall bei Lodz. Auf der Chaussee zwischen Lodz und Petrikau hat sich ein schwerer Autounfall ereignet, bei dem sechs Personen schwere Verletzungen erlitten.

Bilderraub im Amsterdamer Ryksmuseum. Aus einem abgeschlossenen Teil des Ryksmuseums in Amsterdam wurde ein Gemälde Anna von Braunschweigs, der Gemahlin Wilhelms IV. von Oranien gestohlen. Das Gemälde wurde im Jahre 1753 von Tischbein gemalt.

Gewissenlose Nahrungsmittelfälscher. In Mailand wurden sechs Käsereien von der Polizei geschlossen, weil sie für industrielle Zwecke bestimmtes Salz zum Salzen der Käse verwendet haben. Da dieses ungereinigte Salz giftige Bestandteile enthält, und die Käsereien bereits eine geraume Zeit diese für die Volksgesundheit gefährlichen Mißbräuche getrieben haben, so befürchtet man, daß sich noch Folgen dieser unverantwortlichen Tat zeigen werden.

Spanisches Nonnenkloster niedergebrannt. Bei San Sebastian ist eine Klosterschule und in Alicante ein Nonnenkloster niedergebrannt, wodurch hier wie dort großer Sachschaden entstanden ist. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Schweres Flugzeugunglück in Frankreich. In Mourmelon bei Chalons ereignete sich ein schweres Flugzeugunglück. Bei Uebungen des ersten Fliegerregiments stürzten aus 300 Meter Höhe zwei Flugzeuge ab. Während die Besatzung des einen Apparates sich durch Fallschirme retten konnte, verunglückten die beiden Flieger des zweiten Flugzeuges tödlich.

Wieder ein Riesenbrand in Holland. In Amsterdam ist vermutlich durch Kurzschluß ein großer Brand in der Vereinigten Garnfabrik Maarluis ausgebrochen, der dritte Riesenbrand innerhalb 10 Tagen in Holland. Die Gebäude, die sich auf 500 Meter Länge und 30 Meter Breite erstrecken, waren bald ein Flammenmeer. Die Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten. Ueber 20 Wohnhäuser in der Umgebung wurden auf polizeiliche Veranlassung von den Bewohnern geräumt. Die Löscharbeiten der Feuerwehren aus Rotterdam, Delft, Schiedam, Vlaardingen und Maasland wurden dadurch erschwert, daß sehr wenig Wasser auf dem Gelände vorhanden war, so daß die Schläuche hunderte Meter weit gelegt werden mußten. Der Brand hat hauptsächlich die alten Fabrikgebäude vernichtet. Der Schaden, der noch nicht abgeschätzt werdn kann, ist durch Versicherung gedeckt.

Der Zopf in China verboten. Wie aus Nanking gemeldet wird, hat die Nanking-Regierung die Zopftracht in China verboten. Sämtliche chinesischen Staatsangehörigen, die sich innerhalb von sechs Monaten nicht den Zopf haben abschneiden lassen, werden bestraft werden. Außerdem hat die Nanking-Regierung angeordnet, daß die Verstümmelung der Füße den chinesischen Frauen polizeilich verboten wird. Diese beiden Verordnungen traten am 1. Mai in Kraft.

Graf Christian aus der Haft entlassen.

Man glaubt nicht mehr an Mord.

Der erste Strafsenat des Oberlandesgerichts in Breslau hat den gegen den Grafen Christian zu Stolberg bestehenden Haftbefehl des Amtsgerichts Hirschberg vom 19. März 1929 sowie den die Haftfortdauer anordnenden Beschluß des Untersuchungsrichters vom Landgericht Hirschberg vom 21. März d. J. aufgehoben, da dringender Tatverdacht eines Verbrechens zurzeit nicht vorliege und der dringende Tatverdacht der fahrlässigen Tötung Fluchtverdacht nicht rechtfertige.

Nachspiel zu dem schweren Explosionsunglück in der Schönleinstraße in Berlin.

Im Prozeß gegen den Fabrikanten Trotzki wegen des schweren Explosionsunglücks, das sich im Dezember vorigen Jahres in der Schönleinstraße ereignete und bei dem vier Arbeiterinnen getötet, 29 andere zum Teil schwer verletzt wurden, wurde der Angeklagte wegen fahrlässiger Brandstiftung mit Todesfolge, fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung, sowie Außerachtlassung der Gewerbebetriebsbestimmungen zu einer Gefängnisstrafe von 1½ Jahren und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

In der Begründung wies der Vorsitzende darauf hin, daß es als eine geradezu unglaubliche Fahrlässigkeit angesehen werden müsse, daß der Angeklagte es zugelassen habe, daß in unmittelbarer Nähe der gefährlichen Arbeitsstelle drei Säcke mit Zelluloid-Abfällen wochenlang aufbewahrt wurden. Weiter falle ihm auch zur Last, daß er den zweiten Ausgang durch seinen Privatraum verschlossen gehalten habe.

Kleine politische Meldungen.

Dr. Hermes wieder in Berlin. Reichsminister a. D. Dr. Hermes ist nach Berlin abgereist und soll in sieben bis zehn Tagen nach Warschau zurückkehren.

Der Reichsverkehrsminister Mitglied des Ehrenpräsidiums der Jahresschau Dresden. Die Jahresschauleitung teilt mit, daß Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Stegerwald seinen Beitritt zum Ehrenpräsidium der diesjährigen Jahresschau „Reisen und Wandern" erklärt habe.

Voraussichtliches Wetter für die nächste Woche.

Sonntag, 5. Mai: Bewölkter Himmel, jedoch zeitweise sonnig leichter Wind. — Montag: Keine wesentliche Aenderung der Temperatur. — Dienstag: Wolkig, zeitweise Regen, kühl und windig. — Mittwoch: Aufheiternd, tags angenehm, wärmer werdend. — Donnerstag: Am Tage ziemlich warm, nachts sehr kühl. — Freitag: Bewölkter Himmel und windig, zeitweise leichte Regenfälle, Temperatur kühl. — Sonnabend: Witterung und Temperatur wie tags zuvor.

Kirchliche Nachrichten

Rogate, Sonntag, den 5. Mai 1929.

11¼ Uhr Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindesaal.
2 Uhr Kindergottesdienst für die jüngere Abteilg. im Gemeindesaal.
Nachm. 5 Uhr Hauptgottesdienst in der Kirche.
Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.
Freitag abend 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurde am 28. April Horst Fritz Günther Mösch.

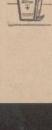
Beerdigt wurde am 1. Mai die Ehefrau Anna Illgen geb. Janetzki, im Alter von 63 Jahren 3 Monaten 22 Tagen.

Winter-Fahrplan der Unstrutbahn.

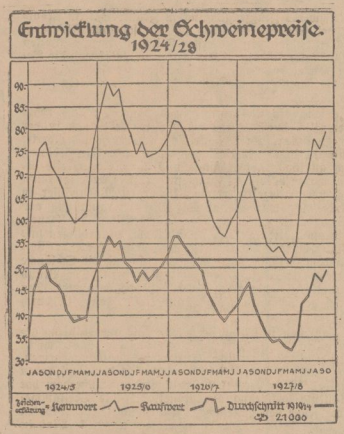
Die beiden durch Linie abgetrennten Abendzüge verkehren nur Sonntags.

Naumburg—Artern					Artern—Naumburg			
5.02	9.13	12.57	18.17	22.50 ab	Nmbrg. an	7.06	10.16	14.00	18.48	23.56
5.35	9.41	13.31	18.49	23.31	Lauchа ↓	6.34	9.42	13.32	18.15	23.26
6.04	10.06	14.01	19.16	23.57	Bitzbrg.	6.02	9.06	13.04	17.48	22.55
6.13	10.15	14.10	19.25	0.06	Nebra	5.50	8.56	12.51	17.37	22.47
6.36	10.33	14.30	19.48	0.26	Roßleb.	5.30	8.36	12.30	17.17	22.28
7.05	11.08	14.59	20.21	0.54 ↓	Reinsdf.	5.03	8.06	11.58	16.44	22.01
7.11	11.14	15.05	20.27	1.00 an	Artern ab	4.56	7.59	11.51	16.36	21.54

SW						W				
7.00	10.10	14.10	19.17	ab	Bitzenburg	an	5.59	9.00	13.01	17.45
7.33	10.42	14.46	19.49		Leimb. Gasth. ↑		5.07	8.26	12.33	17.10
7.47	10.58	15.04	20.00	↓	Thalsdorf		4.88	8.09	12.20	16.51
7.51	10.56	15.10	20.03	an	Querfurt	ab	4.30	8.04	12.16	16.46


Konservengemüse
gewinnen an Wohlgeschmack
durch Zusatz einiger Tropfen
Maggi's Würze.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290504-13/fragment/page=0003



Spiel und Sport

× **Sawall startet in Elberfeld** am 12. Mai im „Goldenen Rad von Elberfeld". Unter seinen Gegnern befinden sich der Kölner Krewer und der Franzose Breau.

× Der **Kartenhandel für Wimbledon,** wo Anfang Juli die inoffiziellen Tennis-Weltmeisterschaften beginnen, hat schon kräftig eingesetzt. Karten, die offiziell 100 Mark kosteten, werden bereits mit 500 bis 600 Mark angeboten und bezahlt.

× Der **Boxländerkampf Oesterreich—Ungarn** der beiderseitigen Amateur-Auswahl-Mannschaften, der am 1. Mai in Wien stattfand, und die 11. Begegnung beider Länder darstellte, endete wie der letzte Kampf auch diesmal unentschieden 8 : 8.

× Der **Sportclub Marienburg-Köln** dem Deutschlands bester Weitspringer Dobermann angehört, wurde von der DSB. suspendiert, weil eine über den Verein verhängte Ordnungsstrafe trotz Mahnungen nicht entrichtet worden ist.

× **Lammers,** Deutschlands schnellster Läufer, startet am 9. Juni in Hannover bei einem Fest des dortigen Turnclubs.

× Die diesjährigen **Heuberg-Ferienlehrgänge** für Schülerinnen höherer Lehranstalten finden vom 8. Juli bis 3. August und 5. bis 31. August statt.

Dachstuhlbrand in Berlin.

Ein Großfeuer kam in der Nacht am Bundesratsufer 2 zum Ausbruch. Als die Feuerwehr in großer Stärke an der Brandstelle eintraf, fand sie bereits den Dachstuhl des ausgedehnten Gebäudes, und zwar des Quergebäudes, vollständig in Flammen stehend vor. Es mußte sofort von mehreren Seiten energisch vorgegangen werden, da die Mieter durch Verqualmung stark gefährdet waren. Es gelang, alle Personen in Sicherheit zu bringen; allerdings mußten sie sich stundenlang auf der Straße aufhalten, da sie wegen der Verqualmung nicht in das Gebäude zurückkonnten. Der Dachstuhl mit dem Inhalt der Bodenräume wurde ein Raub der Flammen. Auch die unteren Stockwerke haben durch Wasser etwas gelitten. Nach stundenlangen Bemühungen konnte die Wehr wieder abrücken.

Jörgiebel und die Moskauer Anstifter.

Polizeipräsident Jörgiebel äußerte sich vor Vertretern der Presse zu den beklagenswerten Zusammenstößen anläßlich der Maifeiern. Es stehe heute einwandfrei fest, daß die Pläne, die die Kommunisten in wochenlanger Propaganda vorbereitet hätten, sich nicht als durchführbar erwiesen hätten. Es müsse außerordentlich bedauert werden, daß eine Anzahl von Toten und 117 Verwundete, darunter 30 Polizeibeamte, zu beklagen seien. Wenn man sich aber vor Augen halte, was von seiten der kommunistischen Partei vorbereitet und geplant worden sei, wenn man bedenke, daß einer Moskauer Parole Folge geleistet worden sei, der zufolge die Gewalttätigkeiten des 1. Mai als Auftakt zu weiteren Dingen gedacht gewesen sei, so könne man sagen, daß die Zahl der Opfer doch verhältnismäßig gering sei.

Der neue Sechszylinder 7/34 PS Modell 1929

Lange Lebensdauer

Unerreicht in Leistung u. Bergsteigefähigkeit

Machen Sie unverbindlich eine Probefahrt bei dem Vertreter

WILLY BECKER • ROSSLEBEN

Fernruf 174 **Reparaturwerkstatt für Kraftfahrzeuge aller Art** Fernruf 174

NSU

Motorräder ● Motorräder

201 R	steuerfrei,	200 ccm, mit Riemen	790	RM. ab Werk
201 K	„	200 ccm, mit Kette	840	„ „ „
301 T	Touren,	300 ccm	975	„ „ „
501 T	„	500 ccm	1150	„ „ „
501 S	Sport	500 ccm	1200	„ „ „

Bei bequemer Teilzahlung

Sämtliche Modelle sind sofort ab meinem Lager lieferbar

MHB

Mitteldeutscher Handwerkerbund

Kreisverband Querfurt

Am **5. Mai 1929** findet in **Nebra** der

4. Kreis-Handwerkertag

statt. — — Vormittags 11 Uhr im Hotel „Zur Burg":

Kreisverbands-Vorstandssitzung

Nachm. 3 Uhr im Saale des „Schützenhauses":

Hauptversammlung

1. Herr **Dr. Steinbrecht**-Freyburg a. U. wird sprechen über: „Die geschichtliche Entwicklung von Handwerk, Politik und Wirtschaft und deren Ursachen."
2. Herr **Dr. Graßhoff**-Erfurt spricht über: „Das Handwerk im Notjahre 1929".

Abends 1/8 8 Uhr im Saale des Schützenhauses:

Feier der 10jährigen Stiftungsfestes der Ortsgruppe Nebra durch **Theater und Ball.**

Zur Aufführung gelangt:

„Das Drama in der Schmiede".

Alle Handwerker mit ihren Angehörigen, sowie Freunde und Gönner des Handwerks werden hiermit freundlichst eingeladen.

Ortsgruppe Nebra.

Alle Erzeugnisse der deutschen Stempel-Industrie:

Kautschuck- u. Metall-Stempel, Siegel, Petschafte, Monogramme, Gummi-Typen in jeder Größe, auch solche zum Bedrucken von Kisten u. Säcken, Stempel-Uhren, Numerier-Apparate, Schlag- u. Brennstempel, Stempelfarbe, Stempelkissen, waschechte Farbe zum Wäschestempeln, Schilder in Emaille bis zu 2 qm. Größe in Kupfer u. Messing, Wagenschilder für Fuhrwerksbesitzer, auch in Gußeisen, Vereins-Abzeichen und dergl liefert schnellstens und in guter Ausführung

W. Scharf, Buchhandlg.

Bei

„Hermes" **Bruchleiden** „Hermes"

wurden nach unserer Methode der orthopädischen Bruchbehandlung gute Erfolge erzielt.

Dem **„Hermes"** Aerztlichen Institut für orthopädische Bruchbehandlung bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch Ihre Methode vollständig geheilt ist. Ich kann jetzt jede Arbeit ohne Beschwerden verrichten. **Hermann Schütte, Magdeburg.** 18. 9. 28.

Im Alter von 23 Jahren hatte ich unter einem linksseitigen Leistenbruch, welcher bis zum H... reichte, zu leiden. Ich begab mich dann in Ihre Behandlung und kann bestätigen, daß derselbe durch Ihre Heilmethode innerhalb 7 Monaten vollständig verschwunden ist. Von einem Bruch ist nichts mehr zu spüren und trage ich schon seit vielen Monaten kein Bruchband mehr. Ich kann jetzt jede Arbeit verrichten. 26. 2. 28.

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß die seinerzeit durch Ihre Behandlung erfolgte Heilung meines Bruchleidens immer noch anhält. **Alfred Teichert, Leipzig.** 8. 12. 28.

Weitere Referenzen auf Anforderung. (Doppeltes Rückporto erbeten.)

Sprechstunde unseres Arztes in **Artern: Mittwoch, 8. Mai, vorm. 9—1 Uhr und nachm. 3—6 Uhr, Hotel zur Krone.**

„Hermes" Aerztliches Institut f. orthopädische Bruchbehandlung, G.m.b.H., **Hamburg,** Esplanade 6. (Aerztlicher Leiter: Dr. H. L. Meyer.) Aeltestes und größtes **ärztliches** Institut dieser Art.

ff. Kieler Bücklinge

empfiehlt **Ww. Meitz.**

Stammschäferei Vitzenburg

Der Verkauf

sprungfähiger Jährlingsböcke

der Merino-Fleischschaf-Rasse (hornlos und gehörnt) beginnt am

Mittwoch, den 8. Mai, 13½ Uhr.

Es kommen nur angekörte Böcke zum Verkauf

Zuchtleiter: Schäfereidirektor Johannes Heyne in Leipzig

● ● ● Wagen am Bahnhof Vitzenburg ● ● ●

Telegrammadresse: Vitzenburg-Nebra
Postadresse: Rentamt Vitzenburg (Unstrut)

Drucksachen

liefert prompt und preiswert die

aller Art
für alle Geschäftszwecke
für jeden Privatbedarf
in besten Ausführungen

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Ohne Reklame kein Geschäft!

Hunderttausende lesen die

WOCHE

Deutschlands populärste Zeitschrift

Das Weltgeschehen im aktuellen Bilderteil.
Eine Fülle guten Lesestoffes: 6 Seiten Roman-Fortsetzung, dazu noch illustrierte Novellen.
Wegweisende Veröffentlichungen über Zukunftsprobleme auf Gebieten der Wissenschaft und Technik.
Vorbildlich in der Herstellung, Photographische Wiedergabe der Bilder durch Tiefdruck, schöne vierfarb. Bilder u. Illustrationen.
Es gibt keine zweite deutsche Zeitschrift, die für 50 Pf. Ähnliches an Reichhaltigkeit und Ausstattung bietet.

Sehen Sie: deshalb lesen so viele die „Woche".

Tun Sie es auch!

Die neueste Ausgabe ist immer Donnerstags bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler vorrätig.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 5. Mai, abends 8¼ Uhr:

Der Fremdenlegionär

(Wenn die Schwalben heimwärts zieh'n)

Abgrund und Liebe

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Stellen-Anzeigen
für den
„Personal-Anzeiger des Daheim"

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim" sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 90 Pfg. für die Zeile (= 7 Silb.) bei Stellenangeboten und nur 70 Pfg. bei Stellengesuchen.

Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben.

Damit jeder sie sehe und jeder sie lobe
Schicken umsonst wir Hefte zur Probe!

Der Deutsche Rundfunk

Die größte Funkzeitschrift! — bringt wöchentlich alle ausführlichen Programme der in- und ausländischen Sender

Heft 50 Pf., Monatsbezug RM 2.- / Man bestellt beim Postamt od. einer Buchhandlung / Probeheft umsonst vom Verlag Berlin N 24

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290504-13/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 53 — Sonnabend, den 4. Mai 1929 — 42. Jahrgang

Letztes Stadium in Paris.

Owen Youngs Anregungen.

Paris, 3. Mai.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist gestern nachmittag aus Berlin zurückgekehrt. Wie hier verlautet, hatte er noch kurz vor seiner Abreise eine Unterredung mit dem Reparationsagenten Parker Gilbert. Die Entscheidung dürfte heute oder morgen fallen. Die nächste Woche wäre dann für die Fertigstellung des Schlußberichtes bestimmt, so daß die Konferenz noch vor Pfingsten beendet werden dürfte.

Einer Berliner Meldung des „Journal" zufolge erklärt man in sehr gut unterrichteten deutschen politischen Kreisen, daß es im Anschluß an die Besprechungen, die Dr. Schacht mit den an der Kriegsentschädigungsfrage interessierten Mitgliedern des Reichskabinetts hatte, möglich sei, die Sachverständigenkonferenz binnen kurzem mit einem vorläufigen Abkommen zum Abschluß zu bringen. Dieses für die Dauer von zehn Jahren berechnete Abkommen soll auf die Anregung des amerikanischen Sachverständigen Owen Young zurückzuführen sein und **deutsche Jahreszahlungen in Höhe von 1750 Millionen Mark vorsehen, die regelmäßig jedes Jahr um 25 Millionen steigen.** Mit anderen Worten würde Deutschland im ersten Jahre 1750 Millionen, im zweiten Jahr 1775 Millionen, im dritten Jahr 1800 Millionen und so fort während der ganzen Dauer der vorläufigen Regelung zahlen. Im zehnten Jahr würde der deutsche Jahresbetrag 2 Milliarden Goldmark erreichen.

Ratifizierung des Schuldenabkommens.

Unsanfte Mahnung an Frankreich.

Paris, 2. Mai.

Die kürzlich im englischen Unterhaus von dem Vertreter des Schatzministeriums erteilte Auskunft, England habe der französischen Regierung ihren Wunsch nach möglichst rascher Ratifizierung des Caillaux-Churchill-Abkommens bekundet, hat ebenso wie die kurzliche Erklärung des Senators Borah Frankreich erneut zum Bewußtsein gebracht, daß über kurz oder lang die schon seit Jahren vertagte Regelung der Schuldenfrage erfolgen muß.

Allein diese Notwendigkeit dürfte den französischen Statsmännern zu erkennen geben, daß eine weitere Staatsmännern zu erkennen geben, daß eine weitere gerade für Frankreich gefährlich werden kann. Es ist außerordentlich fraglich, ob die bisher betriebene Politik, die Schulden an England und Amerika nur nach Maßgabe der Eingänge der deutschen Kriegsentschädigungen zu zahlen, noch lange wird befolgt werden können. Frankreich hat bekanntlich im Jahre 1926 sich ohne Erfolg bemüht, eine dahingehende Schutzklausel in die Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten und England aufzunehmen. Bis zu einem gewissen Grade wurde sie allerdings von Churchill zugestanden, und zwar in einem Briefe an Caillaux. Die beiden Schlußabkommen wurden aber bisher weder von der Kammer noch vom Senat ratifiziert.

Das Herannahen des 1. August als Fälligkeitstermin für die Begleichung der 400 Millionen Dollar-Warenschuld an die Vereinigten Staaten macht die Frage der Ratifizierung äußerst brennend. Man scheint nunmehr auch in französischen Rechtskreisen zur Erkenntnis zu kommen, daß neue Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten und mit England nicht die mindeste Aussicht auf Erfolg haben. Das „Echo de Paris" bezeichnet es als das beste, daß das Parlament das Ratifizierungsgesetz verabschiedet. Allerdings möchte das Blatt die Ermächtigung zur Ratifizierung von dem ausdrücklichen Vorbehalt abhängig gemacht sehen, daß Frankreichs Zahlungen an diejenigen Deutschlands gebunden seien und gleichzeitig mit ihnen eingestellt würden.

Deutschlands Standpunkt zur Abrüstung.

Sind alle Reichswehrsoldaten Unteroffiziere?

Genf, 3. Mai.

Im Genfer Abrüstungsausschuß forderte der französische Delegierte, daß Soldaten, die eine längere Dienstzeit als drei Jahre hätten, höher und sozusagen als Unteroffiziere eingeschätzt werden müßten. Delegierte zielte dabei offenbar auf die deutsche Reichswehr ab, machte also wieder einmal eines der üblichen Manöver. Allerdings traten der englische und der amerikanische Delegierte diesem Standpunkt entgegen.

Im Verlauf der Beratungen erklärte Graf Bernstorff offiziell im Namen der Reichsregierung, daß er völlig mit dem von dem belgischen Vertreter ausgesprochenen Grundsatz einverstanden sei, nach dem eine Beschränkung der Rüstungen auf dem Wege einer Herabsetzung der jährlichen Rekrutenkontingente und der Dienstdauer erreicht werden könne. Der Umfang der militärischen Ausbildung der Jugend und der Fortbildung nach der Entlassung aus dem aktiven Heer sei von ausschlaggebender Bedeutung. **Die deutsche Regierung werde bei der Frage, ob eine Herabsetzung der Rüstungen stattgefunden habe, nicht nur die Zahl der unter den Fahnen stehenden Truppen und die Dienstzeit als allein entscheidend ansehen können.** Die Frage des Kriegsmaterials werde von größter

Amtes damit, daß in der Nachkriegszeit ein vollständig neuer Aufbau des Amtes habe stattfinden müssen, der noch nicht beendet sei. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die heutige Außenpolitik, und zwar mit voller Berechtigung, in ganz anderem Umfange Kulturpolitik sein müsse als vor dem Kriege. Dieser Ausgabeposten habe früher 3 Millionen Mark betragen und sei heute auf 21 Millionen Mark angewachsen. Das sei eine Vermehrung auf das siebenfache, und diese Ausgabensteigerung trage auch ihre guten Früchte. Die Auslandsbeamten müsse er vor dem Vorwurf in Schutz nehmen, als wenn sie fürstlich besoldet würden und die Inlandsbeamten sich demgegenüber als arme Schlucker fühlen müßten. Der Minister besprach dann die Frage der Repräsentation und gab seiner Meinung Ausdruck, daß die Repräsentation in allen Staaten der Welt gegenwärtig den vernünftigen Rahmen überschreite und mit eigentlicher Geselligkeit nichts mehr zu tun habe. Er warf die Frage auf, warum man nicht endlich von den Massenspeisungen abgehe. Solange diese Art der Repräsentation aber üblich sei, könne man den deutschen Botschaftern nicht zumuten, daß sie allein eine andere Lebensführung mit Rücksicht auf den Empfang der maßgebenden Persönlichkeiten annehmen, die sich in ihre Häuser führen. Der Minister erklärte zum Schluß, daß es keine Leichtfertigkeit des Auswärtigen Amtes sei, wenn sich die Ausgaben erhöhten, sondern diese Erhöhung liege in der Entwicklung, die sich seit dem Kriege vollzogen habe.

Notverordnung zur Gewerbesteuer.

Vom preußischen Kabinett und dem ständigen Ausschuß des Landtages genehmigt.

Berlin, 3. Mai.

Der ständige Ausschuß des Preußischen Landtages hat die Notverordnung über die Gewerbesteuer, die bereits am Dienstag vom Kabinett verabschiedet worden war, mit 15 gegen 14 Stimmen genehmigt. Durch die Notverordnung wird die bisher gültige Gewerbesteuer auf ein Jahr verlängert.

Die Notverordnung enthält u. a. folgende Bestimmungen: Der Steuersatz mit dem Gewerbeertrage beläuft sich für die ersten angefangenen oder vollen 1500 Mark des abgabepflichtigen Gewerbeertrages auf 0,5 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1200 Mark auf 1 Prozent, für die weiteren angefangenen oder vollen 1200 Mark des abgabepflichtigen Betrages 1,5 Prozent, für die darüber hinausgehenden Beträge 2 Prozent. Die Steuersätze für die ersten 3900 Mark des abgabepflichtigen Ertrages ermäßigen sich bei Lohngewerbetreibenden (insbesondere bei selbständigen Meistern und Hausgewerbetreibenden) auf die Hälfte der obigen Sätze. Bei Betrieben, deren Lohnsumme den Betrag von 18 000 Mark nicht übersteigt, werden 6000 Mark abgezogen.

Das Notjahr in den Gemeinden.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes über die Einbußen an Einkommen- und Körperschaftssteuer.

Breslau, 1. Mai.

Der geschäftsführende Präsident des Reichsstädtebundes Dr. Haekel, Berlin, führte auf einem Presseabend des Schlesischen Städtetages aus, daß das Rechnungsjahr 1929 für die Gemeinden zu einem Notjahr erster Ordnung werden würde, weil sich die Ausgaben ständig vergrößert hätten, während ihre Einnahmen für 1929 durch neue gesetzliche Maßnahmen des Reiches und der Länder beschnitten werden sollen. Die Einbuße an Einkommen- und Körperschaftssteuer gegenüber den erhöhten Einnahmen für 1928 errechnete er auf 41½ Millionen für die gesamten preußischen Gemeinden, d. h. etwa 6,7 v. H. weniger aus der Einkommensteuer und 5 v. H. weniger aus der Körperschaftssteuer. Dazu käme der Beschluß der Koalitionsparteien in Preußen, auch die Gewerbesteuer zwangsweise zu senken. Die beabsichtigte Aenderung bei der Ertragssteuer würde für die Gemeinden folgenden Ausfall zur Folge haben:

Der Steuergrundbetrag jedes Gewerbesteuerpflichtigen würde sich für den den steuerfreien Betrag von 1500 Mark übersteigenden steuerpflichtigen Ertrag von 1200 bis 2400 Mark um 1,50 Mark, für die weiteren 1200 Mark um 3 Mark und darüber hinaus um 1,50 Mark ermäßigen. Lege man einen durchschnittlichen Hundertsatz zur Gewerbeertragssteuer von 500 v. H. zugrunde, so ergebe sich für jeden Gewerbeertragssteuerpflichtigen eine Steuerminderung in den drei genannten Stufen von je 7,50 Mark und 15 Mark und 22,50 Mark. Dies bedeute einen Ausfall der Ertragsteuer von 5—6 v. H.

Die zweite vorgesehene Aenderung, daß jeder Lohnsummensteuerpflichtige, der nicht mehr als 18 000 Mark Lohnsumme im Jahre zahle, 6000 Mark abziehen dürfe, würde sich für die Städte katastrophal auswirken. Alle Lohnsummensteuerpflichtigen, die nicht mehr als 6000 Mark jährlich Lohnsumme zahlten, würden steuerfrei werden, während für jeden der übrigen Lohnsummensteuerzahler bei einem Durchschnittssatz von 1600 v. H. der Gemeinde ein Ausfall von je 96 Mark entstände. Bedauerlich sei ferner, daß bei dieser schwierigen Finanzlage der preußischen Gemeinden ein Schul- und Polizeilastenausgleich noch immer nicht vorgenommen sei.

Alle Anträge zur Todesstrafe abgelehnt.

Eine Lücke im Gesetzentwurf.

Berlin, 3. Mai.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages nahm gestern die Abstimmung über die Todesstrafe vor. Die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten eingebrachten Anträge auf Beseitigung der Todesstrafe wurden abgelehnt. Der Antrag des Abgeordneten Dr. Kahl, der die Sicherungsverwahrung vorsieht, wurde gleichfalls abgelehnt, und zwar mit 16 : 12 Stimmen, dafür den Antrag nur Sozialdemokraten, Demokraten und der Abgeordnete Dr. Kahl stimmten.

Da sämtliche Anträge abgelehnt wurden, mußte nunmehr über die Fassung des Entwurfs abgestimmt werden. Diese wurde mit 14 : 14 Stimmen gleichfalls abgelehnt, da nach Ablehnung des Antrages Kahl nur Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten für die Beseitigung der Todesstrafe eintraten. Schließlich wurde auch der von der Bayrischen Volkspartei und dem Zentrum eingebrachte Antrag, der die Todesstrafe nur bei erschwerenden Umständen eintreten lassen will, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Das Ergebnis dieser Abstimmung ist, daß zunächst einmal eine Lücke im Strafgesetzbuchentwurf entstanden ist.

Oppelner Polizeipräsident gemaßregelt.

Wegen der Vorfälle anläßlich der polnischen Theateraufführung.

Oppeln, 3. Mai.

Polizeipräsident Mai ist im Zusammenhang mit den Vorgängen anläßlich der polnischen Theateraufführung durch Beschluß des preußischen Staatskabinetts mit Wirkung vom 2. Mai in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Polizeipräsident Mai ist erst kurze Zeit in Oberschlesien tätig, da die Verstaatlichung der Polizei in Oppeln erst vor kurzem erfolgte. Er verwaltete bisher sein Amt kommissarisch, war früher Regierungsrat in Berlin und vorher Gewerkschaftssekretär. E bekennt sich zur sozialdemokratischen Partei. Zwei leitende Offiziere der Oppelner Schutzpolizei sind mit sofortiger Wirkung versetzt worden.

Schiedsspruch im Ruhrbergbau verbindlich.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 3. Mai.

Der im Lohnstreit im Ruhrbergbau gefällte Schiedsspruch ist von Amts wegen für verbindlich erklärt worden. Bekanntlich hatten die Gewerkschaften den Schiedsspruch abgelehnt, während er von den Unternehmern angenommen worden war.

Arbeitgeber zur Schlichtungsverordnung.

Abänderungsvorschläge.

Berlin, 2. Mai.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände übergibt nunmehr ihre Reformvorschläge zur Schlichtungsverordnung der Oeffentlichkeit.

Die Reformvorschläge wenden sich gegen die bisherige Regelung des Schlichtungsverfahrens, das nach Ansicht der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219290504-13/fragment/page=0005